

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bezugsgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Schriftband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Inserate kosten die Zeile für 10 Tage 100 Pf., Kleinanzeigen das fertige Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 20%. Bei Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetats für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Verschärfung der Streifflage.

## Allgemeiner Streik im Ruhrrevier.

Die vorliegenden Meldungen lassen erkennen, daß der für den 1. April ausgearbeitete Parole zum Generalstreik im Westen bisher nirgends Folge geleistet worden ist. Der Streik hat nur geringe Annahme zu verzeichnen und beschränkt sich im wesentlichen auf die Kohlenzweige, während die Eisenwerke und die übrigen Betriebe im großen und ganzen weiter arbeiten. So lägen die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ noch am Nachmittag des 2. April. Der Generalstreik ist zusammengebrochen, die Masse der Bergarbeiter folgt der Parole der „Spartakisten“ nicht! So schwindelten alle anderen offiziellen und offiziellen Nachrichtenbüros. Zur gleichen Zeit aber muß das „Berliner Tageblatt“ melden:

Essen, 2. April (3 Uhr nachm.).

Die Streifflage im Ruhrrevier hat heute eine heftige Verschärfung erfahren. Während es gestern noch den Eindruck machte, als ob die große Mehrzahl der Bergleute der kommunistischen Generalstreikparole nicht Folge leisten würde, kommen heute aus allen Teilen des Ruhrbezirks Meldungen über die neuen Arbeitseinstellungen, so daß es den Anschein gewinnt, als ob der Streik doch ziemlich allgemein werden wird. Im Essener Revier hat der Kohlenbau heute ebenso wie in den Bezirken von Mülheim und Bottrop auf die große Mehrzahl der Zechen übergriffen. Nur auf wenigen Zechen sind die Belegschaften heute noch angefahren. Auch im Dortmund-, Bochumer, Gerner, Wittener und Neudorfrevier sind zahlreiche weitere Zechen zum Stillstand gekommen. Im Hamborner Revier ist heute die Belegschaft der Schachtanlage Deutscher Kaiser I/IV in den Stillstand getreten. Auf den übrigen Hamborner Zechen wird zwar heute noch gearbeitet, doch erscheint es ziemlich sicher, daß sich auch deren Belegschaften morgen dem Streik anschließen werden.

Und das Politische Bureau muß sich Mittwoch abend zu folgender Meldung bequemen:

Essen, 2. April.

Die Meldungen über die Streifflage im Ruhrgebiet lassen darüber keinen Zweifel, daß auch heute von einem Generalstreik nicht gesprochen werden kann. In der heutigen Frühstunde hat die Zahl der Ausständigen etwa 110 000 betragen. Da sich die Belegschaft der Frühstunde auf 215 000 bis 220 000 Mann stellt, so wird etwa die Hälfte der Belegschaften sich im Widerstand befinden. Genauere Zahlen konnten infolge mangelhafter telephonischer Verbindung mit einem Teil der Zechen nicht festgestellt werden.

Es steht also fest, daß der Zustand einen Umfang angenommen hat, der den vorhergegangenen weit übersteigt. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß der Aufbruch der Regierung, die Verhängung des Belagerungszustandes, die Drohung mit den Rotlegarden das ihrige dazu beigetragen haben, um die Erregung der Bergleute bis zur Erbitterung zu steigern. Glaubt die Regierung immer noch daran, daß sie mit brutaler Gewalt die Arbeiter in die Gruben zurückjagen kann?

Die Meldung der „Frankfurter Zeitung“, daß am Mittwoch zwei Abordnungen der streikenden Bergleute in Weimar eingetroffen sind und von dem Arbeitsminister Bamer nach Berlin mitgenommen worden seien, entspricht nicht den Tatsachen. Es handelte sich, nach dem „Borowits“, um eine Delegation von Kruppischen Arbeitern, die wegen der Ernährungsfrage vorstellig wurde. Eine andere aus dem Ruhrgebiet abiserte Kommission ist bisher in Berlin nicht eingetroffen.

## Achtstündige Arbeitszeit im Saarrevier.

Saarbrücken, 2. April.

Zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Saarrevier und Westfalen wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach vom 15. April ab die achtstündige Arbeitszeit für Saarrevier und Westfalen unter Umrechnung der Löhne eingeführt wird.

## Stilllegung des Thyssenwerks.

Mülheim (Ruhr), 2. April.

Die Firma Thyssen u. Co. sind die gesamten Anordnungen der Thyssen-Werke stillgelegt worden.

gelehnt hatte, heute Vormittag 10 1/2 Uhr in den Kaufstand getreten. abiserte Kommission ist bisher in Berlin nicht eingetroffen. wurde stillgelegt.

## Keine Annexion des Saarreviers.

Paris, 1. April. (Reuter.)

Frankreich drängt auf vollständige Annexion des Saarbeckens. Dieser Forderung wird jedoch nicht stattgegeben werden. Man neigt dazu, Frankreich als Teil der Entschädigung die Kontrolle über die Kohlenbergwerke für eine festgesetzte Zeitdauer zu überlassen.

Paris, 1. April. (Reuter.) Der Rat der Vier erwägt jetzt den Plan, Frankreich wirtschaftlich und politisch die Aufsicht über das Saarrevier zu geben, bis die Gruben in Nordfrankreich wieder leistungsfähig sind. Dies wird voraussichtlich fünf Jahre dauern.

## Forderungen der tschechischen Sozialisten.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Budapest, 2. April.

Die Versammlung der Vertrauensmänner der tschechisch-sozialistischen Arbeiterschaft in Prag nahm eine Resolution an, welche gegen den Terror protestiert, der gegen die radikalen Sozialisten angewendet wird. Die Resolution sagt die Forderungen der tschechischen Arbeiterschaft folgendermaßen zusammen: Konfiszierung des Großgrundbesitzes, der Gruben, der Eisenbahnen, der Banken, der Monopolfabriken ohne jede Entschädigung. Verstaatlichung des Bankwesens mit Konfiszierung des Vermögens und schweren Strafen. Gesetz über Arbeitszwang und eine Verfügung, daß nur Arbeitende Lebensmittel erhalten. Die Resolution wendet sich gegen den Militarismus in der Tschechoslowakei sowie gegen jeden Krieg, sei es gegen das magyarische, sei es gegen das russische Proletariat, und schließt mit dem Ruf: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“

## Wieder die Dunkelkammer.

Aus Weimar wird berichtet, daß die Reichstagsparteien der Nationalversammlung wieder einen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten einrichten, um eine engere Fühlung zwischen Regierung und Parlament herzustellen.

Der Zweck dieser Abung ist, das Volk von der Mitwirkung an der Verwaltung seiner staatlichen Geschäfte immer mehr auszuhalten.

Die Mehrheit der Nationalversammlung scheint den Ehrgeiz zu haben, die reaktionären Methoden des alten Reichstags naturgetreu nachzuahmen. Und die Reichstagsparteien helfen eifrig dabei mit.

## Das erste Opfer.

Offiziös wird gemeldet:

Die Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus, die seit längerer Zeit eine große Propaganda betreibt, ist eine völlig private Gründung. Amtliche Stellen unterhalten zu ihr keine Beziehungen. In dem Hause Scheinstraße 2, in dem sie domiziliert, befinden sich, wenn wir recht unterrichtet sind, früher die Bureaus der Vaterlandspartei.

Das ahnungslose Publikum, das bisher mit den Preterzeugnissen und Plakaten der oben genannten Vereinigung befreundet wurde, wird die offiziöse Notiz mit Erschauern zur Kenntnis nehmen. Konnte es doch annehmen, daß die „Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus“ nur unter ausdrücklicher Billigung und Förderung der Regierung ihr Unwesen zu treiben vermochte. Nun wird diese Vereinigung als „völlig private Gründung“ erklärt und, was besonders pikant anmutet, die famose Vaterlandspartei in die Affäre hineingezogen. Die Frage ist wohl gestellt, weshalb diese Feststellungen nicht schon vor Wochen und Monaten gemacht worden sind? Oder mußte erst ein so kritischer Moment wie der jetzige eintreten, ehe die Regierung sich entschloß, die bisher protegierte Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus als erstes Opfer ihres erneuten Kokettierens mit dem Bolschewismus darzubringen?

## Klerikaler Triumph.

Mit ungeheurem Jubel wurde die politische Umwälzung der Novembertage bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein begrüßt. Was erhoffte man nicht alles von der Revolution: Befreiung vom Militarismus, Befreiung von der Bürokratie, Befreiung vom wirtschaftlichen Not, Befreiung von aller politischen Ungerechtigkeit, Befreiung von Unkultur und vom Geist der Rücksichtslosigkeit!

Was aber ist von allem in Erfüllung gegangen? Wir haben eine Scheindemokratie, die dem Bürgertum den willkommenen Anlaß gibt, Stück um Stück von den Positionen zurückzuerobieren, die es im ersten Schreck dem Proletariat fast kampflos überlassen hatte. Wo stehen wir heute? Die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung ist schlimmer als je im kaiserlichen Deutschland. Gegen Streikbewegungen der Arbeiter werden die Weihen Garben mit Maschinengewehren und Kanonen abgeboten. Der Militarismus und die Bürokratie erleben eine Wiedergeburt. Schon alsobald die Reaktionen aller Schattierungen, daß ihre Zeit wiedergekommen sei.

Und nun melden auch die Klerikalen ihre Ansprüche wieder an. Besonders das Zentrum, das mit der von dieser Partei gewohnten Latit erst abgewartet hat, wie die Dinge sich entwickeln würden, hört die Stunde schlagen, in der es seinen alten Einfluß auf das Staatsleben zurückerobern könnte.

In den ersten Wochen der Revolution hatte unser Genosse Adolf Hoffmann als preussischer Kultusminister die ihm als Sozialdemokraten obliegende Pflicht zu erfüllen gesucht, die Stellung des Staates zum Kirchenwesen und zur Religionsübung auf der Grundlage zu regeln, die für die Sozialdemokratie im Erfurter Programm festgelegt ist. Dieses Programm hat ja, wie von den Reichstagssozialisten beteuert wird, immerhin auch für sie noch Geltung. Aber was haben wir damals schon erlebt? Die Klerikalen überboten sich in Protesten über die angebliche Absicht der Regierung, dem gläubigen Volke die Religion zu nehmen, von Staats wegen die kirchliche Betätigung zu erschweren. Und der Ministerkollege Adolf Hoffmann, Herr Konrad Haenisch, ließ sich von diesen Protesten so weit beeinflussen, daß er alles tat, um die Absichten Adolf Hoffmanns zu durchkreuzen. Als Genosse Hoffmann mit den anderen unabhängigen Sozialdemokraten aus der preussischen Regierung schied, da standen die Dinge nicht viel anders als vor dem Revolutionsbeginn. Inzwischen aber hat sich die Kulturpolitik im Reich und in Preußen noch weiter nach rückwärts entwickelt. Kennzeichnend dafür sind einige Vorgänge aus der jüngsten Zeit, wie einer der letzten Erlasse Hoenigs, der zwar die einmal entfernten Konradenbilder aus den Schulen nicht wieder zurückzubringen anstaltete, im übrigen aber nichts dagegen einzuwenden hatte, daß die tausend anderen Kaiser- und Königsbilder an den Massenwänden hängen bleiben, oder jene andere Verfügung an die Gemeinde von Rowaew, für drei Duzend katholische Kinder eine besondere konfessionelle Schule zu errichten.

Die Situation erscheint den Zentrumspolitikern so günstig, daß sie nunmehr nicht mehr länger abwarten wollen. Sie beunruhigen sich jetzt auch nicht damit, in den Einzelstaaten für die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des alten Verhältnisses des Staates zur Kirche zu arbeiten. Sie behnen ihre Ansprüche auf das Reich aus und wollen verbindliche Bestimmungen für alle Bundesstaaten schaffen.

Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung von Weimar, dessen Beratungen im allgemeinen wenig Beachtung finden, beschäftigt sich zur Zeit mit den Artikeln 30 und 31 der Verfassung. Artikel 30 will die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit herstellen. Die behördliche Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft wird verboten. Die Zulassung zu öffentlichen Ämtern, sowie alle bürokratischen und staatsbürgerlichen Rechte sollen von dem religiösen Bekenntnis unabhängig sein. Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen, zu denen niemand gezwungen werden darf, sowie die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften soll gesichert bleiben. Nach Artikel 31 sollen die Kunst und Wissenschaft und ihre Lehre frei und der Volksschulunterricht unentgeltlich sein; auf die Volksschulbildung soll sich der Unterricht in mittleren und höheren Bildungsanstalten aufbauen, das Unterrichtsweesen unter staatlicher Aufsicht stehen.

Man wird sagen müssen, daß von diese Bestimmungen reichlich weit gehen, daß sie insbesondere genügend Raum für reaktionäre Auslegungen bieten. Über dem Zentrum war damit noch nicht gedient. Es stellte einen Vertrauensverhältnis dar, unter gewissen Umständen die Prozeß nach der Religion wieder gestalten soll, die Ordensgesellschaften staatlich genehmigen will, den Religionsgesellschaften und Orden die Rechtsfähigkeit geben, beim Militär, in Gefängnissen, Krankenhäusern usw. Seelsorge einrichten, die Kirchen im Besitz ihrer Vermögen und ihres Bestenrechts belassen will. Der Religionsunterricht soll ordentliches Lehrfach in den Schulen unter Leitung der Religionsgesellschaften bleiben, die theologischen Fakultäten sollen weiterbestehen, Privatunterrichtsanstalten sollen auch künstlich errichtet werden können.

Was will das Zentrum mit diesen Anträgen? Scheinbar nimmt es der Trennung von Kirche und Staat zu, in Wirklichkeit macht es alle Anstrengungen, um der Kirche den alten Einfluß auf das Staatswesen und auf die Erziehung der Kinder zu erhalten; die Erbsitten des Merkantilismus sollen in etwas modernisierter Form in der Reichsverfassung verankert werden.

Die Vertreter der anderen kirchlichen Fakultät, die Deutsch-Nationalen, stimmten selbstverständlich diesen Anträgen zu. Es zeigte sich in der Debatte, wie groß in Wirklichkeit die Seelengemeinschaft zwischen evangelischer und katholischer Kirche ist.

Was aber taten die Rechtssozialisten in der Debatte? Sie rühmten sich alle Träger ihres großen Einflusses, aber erfüllten sie bei dieser Gelegenheit ihre Pflicht, sind sie für die Verwirklichung der Forderungen des Erfurter Programms in Bezug auf Kirche und Schule eingetreten? Nichts von alledem. Erinnern wir sie daran, was das Programm darüber sagt:

„Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit, Abschaffung aller Anwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.“

Weltlichkeit der Schule.

Statt auf der Verwirklichung dieser Forderungen zu beharren, die deutsch unsere Stellung zur Religion, Kirche und Schule umschreiben, erklärten sie sich sofort zum Heilwerden und Gondeln mit den Merkmalen aller Schattierungen bereit. Unsere grundsätzliche Auffassung ist, daß die Religion die Privatangelegenheit jedes Einzelnen ist, daß der Staat wohl die Ausübung der Religion zuläßt, im übrigen damit aber nicht das mindeste zu tun hat. Daron knüpft sich die selbstverständliche weitere Forderung, daß die Schule als Staatsanwendung von allen religiösen Beeinflussungen freizubehalten ist. Was aber sind den Rechtssozialisten Prinzipien? Abnen kommt es nur darauf an, Wählerstimmen zu langem, und sie glauben dem Zentrum in den katholischen Gemeinden dadurch das Wasser abtragen zu können, daß sie den kirchlichen Forderungen möglichst weite Zugeständnisse machen.

Besonderes leistete darin ihr Hauptredner, Herr Meerfeld aus Köln, der, wie die bürgerliche Presse übereinstimmend berichtet, „einen erfindlichen Ton des Entzweyungens anstimmte“. Schon deshalb berief er sich zwar im Anfang auf den alten sozialdemokratischen Standpunkt, daß Religion Privatangelegenheit sei, und daß deshalb Kirche und Staat getrennt werden müßten, aber dann verfiel er immer wieder, daß seine Partei den hohen Wert der Kirche religiös-sittlicher Bestimmung voll anerkenne und darum den kirchlichen Wünschen der Merkmalen aufs weiteste entgegenkommen wolle.

Die weitere Debatte stand, wie früher berichtet wird, im Zeichen des günstigen Eindrucks, den diese freundliche Rede des Rechtssozialisten auf Zentrum und Konservative gemacht hat. In voller Harmonie verlief die Diskussion. Man war sich in allen Parteien, von den Konservativen bis zu den Rechtssozialisten, darüber einig, daß sich eine Lösung der Prozeß, die alle Teile zufriedenstellen könne, schon finden lassen werde. Selbstverständlich, daß bei diesem Handel die Merkmalen als die schlauerer Geschäftsmacher den Hauptvorteil einstecken werden. Die endgültige Fassung der Bestimmungen über diese Materie wurde noch nicht festgesetzt, aber man darf annehmen, daß das Zentrum seine Rechnung dabei finden wird.

Rückwärts geht es, immer weiter rückwärts. Die Reaktion triumphiert auf allen Gebieten. Schon wird gemeldet, daß in das preussische Kultusministerium Professor Wildermann, ein Zentrumskabarettier, als Unterrichtssekretär berufen worden ist, und daß damit das preussische Kultusministerium zum erstenmal einen katholischen Priester als Berater erhält. Vielleicht kommen wir bald so weit, daß das Zentrum die Revolution leiten wird, die es zuerst verflucht hat.

## Lebensmittel, Zusammenbruch und Bolschewismus.

Der Unterrichtssekretär des Deutschen Reichs Ernährungsministeriums, Herr von Braun, der die Verhandlungen mit den Alliierten über die Lebensmittelversorgung Deutschlands leitete, hat einem Mitarbeiter einiges darüber gesagt, was Deutschland in der nächsten Zeit zu erwarten haben wird. Die Lieferung der ersten 35 000 Tonnen, hauptsächlich kondensierte Milch, Speck und Fett, werde jetzt nach Deutschland verschifft. Es seien ferner kontraktlich über 200 000 Tonnen Lebensmittel abgeschlossen, für die das Geld bereits in Brüssel hinterlegt sei. Im März und April die volle monatliche Ration von 370 000 Tonnen zu erhalten, müsse versucht werden, auch aus den neutralen Ländern Lebensmittel zu beziehen, da die Zufuhren aus Amerika mit den jetzt ausfahrenden deutschen Schiffen erst im Mai in Europa ankommen könnten. Es seien auch aus Holland größere Mengen Lebensmittel angeboten worden.

Herr von Braun hat sich aber nicht nur mit diesen sachlichen Mitteilungen begnügt, sondern ihnen auch politische Kommentare hinzugefügt. Er meinte, das deutsche Volk habe vier Jahre lang an Unterernährung zu leiden gehabt und sei jetzt am Ende seiner Kraft, nur so könne der Zusammenbruch im vergangenen November erklärt werden. Der Sekreter der Entente wird diese Bemerkung nicht ungenutzt lassen; sie wird möglicherweise sagen, daß man Deutschland keine Lebensmittel liefern dürfe, wenn man das deutsche Volk wieder

gut genährt sei, dann werde es nichts Billigeres wöcher zu tun haben, als dem alten, die Welt bedrohenden Militarismus wieder auf die Beine zu helfen.

Der Herr Unterrichtssekretär hat ferner nicht unterlassen, der Entente mit dem Schreckgespenst des Bolschewismus zu drohen. Er meinte, wenn wir nicht bald besser und weislichere Rahrung bekämen, dann würde es zu spät werden. Dann würde der Bolschewismus die Grenzen Deutschlands und wahrscheinlich auch Hollands überströmen. Es handelt sich nicht mehr um eine ausschließlich deutsche Angelegenheit, sondern um ein Kulturinteresse der ganzen zivilisierten Welt. Herr v. Braun scheint den Anschluß an die Zeitereignisse verpaßt zu haben. Weiß er noch nicht, daß in den regierenden Kreisen Deutschlands ein eifriges Kollektieren mit dem Bolschewismus eingeleitet hat?

Aus alledem ersieht man, daß der Unterrichtssekretär von Braun der richtige Mann für die Vertretung wichtiger deutscher Interessen gegenüber der Entente und Herrn Erzberger völlig gleichgültig ist.

## Man wird Euch fluchen!

Der „Vorwärts“ ist mit dem Inhalt des Aufrufs des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht zufrieden. Er behauptet, daß der Aufruf „mit den bekannten Mitteln größter Entstellung“ arbeite, indem er die Schuld an allen traurigen Erscheinungen des Bürgerkrieges der Seite aufbürde, die den Bürgerkrieg nicht gewollt habe und kein Wort des Lobels gegen diejenigen finde, die ihn gewollt, geplant und herbeigeführt hätten. Der „Vorwärts“ unterstellt damit der revolutionären Arbeiterklasse, daß sie die Schuld an den wahnwitzigen Verbrechen der Soldateska trage. Diese Behauptung erhebt er zur selben Zeit, in der gegen friedliche Arbeiterkreise die ganze Macht des alten Militarismus aufgeboten, in der im Ruhrrevier und in Württemberg der Belagerungszustand verhängt wird, der nur den einen Zweck haben kann, die Streikbewegungen der Arbeiter in Blutbädern zu erlösen!

Der „Vorwärts“ weiß aber noch mehr an dem Aufruf zu labeln. Er meint nämlich folgendes:

Gegen die Regierung wird der Vorwurf der „Arbeiterfeindlichkeit“ erhoben. Ist das schon eine arge Unterstellung gegenüber den bürgerlichen Regierungsmitteln, die sich zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie bereitgefunden haben, so ist das vollends eine Infamie gegen die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung, die nie etwas anderes als Vertreter der Arbeiterinteressen gewesen sind. Man mag darüber, wie in der gegenwärtigen Zeit Arbeiterinteressen zu vertreten sind, verschiedener Meinung sein und diese Meinungen mit Leidenschaftlichkeit austragen. Es ist aber eine geradezu verbrecherische Gewissenlosigkeit, andersdenkende Vertreter der eigenen Klasse als bewußte Feinde dieser Klasse hinzustellen.

Diese Säufung von Schimpfereien kann die Tatsache nicht verleiern, daß die politischen Handlungen der führenden Personen unter den Rechtssozialisten bewußt arbeiterfeindlich sind. Daß sie ebendamit der Arbeiterklasse angehört haben, beweist noch nichts dagegen. Es ist bei dieser Gelegenheit nicht notwendig, an Einzelheiten nachzuweisen, daß der Aufruf des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie Wort für Wort der Wahrheit entspricht. Immer stärker zeigt sich der Widerwille gegen die Politik der Rechtssozialisten selbst in ihren eigenen Reihen, immer häufiger werden die Stimmen in der Scheidemännchen Partei, die die sofortige Umkehr von dem bisherigen Wege und die Rückkehr zu einer wirklich sozialistischen arbeiterfreundlichen Politik fordern.

Erinnern wir uns aber daran, was dem „Vorwärts“ am 28. Februar 1919 von einem seiner Parteigenossen geschrieben worden ist. Es hieß damals in dem Artikel „Gewitterstimmung“, daß die Massen eine steigende Erbitterung erzeuge, daß diese eine Hochspannung erzeuge, die zur Entladung dränge. Wörtlich wurde damals gesagt:

Es ist das Recht und die Pflicht eines jeden Sozialdemokraten auszusprechen, daß der Arbeiter mit dem bisherigen Entwicklungsgang der Revolution und den gezeigten Ergebnissen geradezu in Bezug auf Arbeiterfragen nicht zufrieden sein kann.

Die Hoffnung der Arbeiter auf die Nationalversammlung ist rasch gesunken und nicht wieder gutzumachender Beschluß hat Platz gegriffen.

Und zum Schluß ruft der Artikelschreiber den Führern seiner Partei zu:

„Noch ist es Zeit zur Umkehr, noch ist eine Frist gegeben, andere Wege einzuschlagen und dem Arbeiter das zu geben, worauf er auf Grund seines Lebens und Menschenrechtes zumindest — Anspruch hat.“

Tut man es nicht, so wird auf der anderen Seite einst die Warnung nicht beherzigt und lächelnd bei Seite gelegt haben.“

Seit dieser Warnung ist ein Monat verstrichen. Die Enttäuschung und die Erbitterung in den Kreisen der Arbeiter ist leidlich immer größer geworden. Bald wird die Zeit da sein, in der nicht nur die Unabhängigen Sozialdemokraten, nicht nur wie jetzt schon ein Teil der Anhänger der rechtssozialistischen Partei, in der alle Arbeiter erkennen werden, wie die Scheidemann, Ebert, Noske und ihresgleichen die Revolution verraten und die Arbeiterinteressen an die Bourgeoisie verkauft haben. Und dann wird das Wort des Parteivorstandes des „Vorwärts“ in Erfüllung gehen: Man wird Euch fluchen!

## Prinzen, Herzöge und Fürsten.

Angern hat eine rote Garde, Oesterreich verweist die Habsburger des Landes, Deutschland aber?

Im „Staatsanzeiger für Württemberg“, Nr. 88 vom 30. März 1919, wird amtlich bekanntgemacht, daß nach einer Verfügung der Regierung in die betreffenden Regimenter u. a. eingeteilt werden die Leutnants: Eugen Prinz von Schaumburg-Lippe, Karl Herzog von Urach, Graf von Württemberg, aggregiert dem Grenadier-Reg. Nr. 119; Max Prinz von Schaumburg-Lippe, aggregiert dem Infanterie-Reg. Nr. 30; der Oberleutnant Wilhelm Albert, Prinz von Urach, Graf von Württemberg, aggregiert dem Feld-Artillerie-Reg. Nr. 13. Und jüngst wurde gemeldet, daß Oerang Wolf Friedlich von

Mecklenburg-Schwerin zum Kommandeur des Jägerregiments Nr. 10 ernannt worden sei.

Prinzen, Herzöge und Fürsten als Schützer der jungen Republik! Schafe, mein Deutschland, schafe ein!

## Vormärts!

M. W. Im Einvernehmen mit den Klassenbewußten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen.

So lautete der einstimmige Beschluß der internationalen Frauentagung in Kopenhagen 1910. Und als die sozialdemokratische Kinderheit Ostern 1917 in Gottha zu ihrem ersten Parteitag zusammentrat, da hat sie diesen internationalen Beschluß bestätigt und erneuert. Der diesjährige Parteitag der U. S. P. D., der in der ersten Märzwoche in Berlin tagte, tat das gleiche und beschloß einstimmig, den diesjährigen Frauentag in der Zeit vom 6.—13. April abzuhalten.

Damit hat auch dieser Parteitag seine internationale Solidarität bekundet, hat ausgesprochen, daß, wenn auch im eignen Lande die politische Gleichberechtigung der Frau durch die Revolution erungen wurde, die deutschen Arbeiterinnen trotzdem für die Erringung des gleichen Rechts für ihre Schwestern in anderen Ländern eintreten wollen.

Die zweite Internationale hat mit Kriegsbeginn zu bestehen aufgehört, aber die Fraueninternationale hat während des ganzen Krieges immer wieder versucht, die dünnen Fäden, die die sozialistischen Frauen aller Länder verbunden, nicht zerreißen zu lassen. Und der Frauentag, der auch während des Kriegswahnsinns in allen Ländern stattfand, war ein Zeugnis für die trotz alledem lebende Solidarität der Arbeiterklasse aller Länder.

Das Frauenwahlrecht hat gefehlt! Geht überall, wo Frauen in diesen entsetzlichen fünf Jahren Unbegrenzt gelehrt, Unausprechliches gelitten haben. Das vorrevolutionäre „Deutschland in der Welt voran“ war naturgemäß am wenigsten geneigt, die Gleichberechtigung der Frau anzuerkennen. Was es nicht auswillig geben wollte, hat das Klassenbewußte Proletariat nun mit Gewalt genommen. Und die Frage, an der alle Reaktionen von rechts bis links in die Reihen der Regierungssozialisten flüchteten und stülpten, war mit einem Male gelöst. Es gab keine „stufenweise Entwicklung“, kein vorsichtiges Abwägen, ob die Frau in den Gemeindevertretungen nur mitberaten oder auch mitstimmen dürfe — die Revolution machte kurzen Prozeß und gab alles gleich ganz und uneingeschränkt.

Nun besitzen alle Mädchen und Frauen im Deutschen Reich das Wahlrecht vom zwanzigsten Lebensjahre an. Aber trotzdem ist das goldne Zeitalter für das Weib nicht angebrochen, so wenig wie für die Menschheit überhaupt.

Das Wahlrecht allein befreit nicht vom Nöde des Kapitalismus. Gewiß ist es eines der Mittel, die Weissen auszurüsten, die Massenbewegung wie die Bedrückung und Ausbeutung des Proletariats zu mildern, aber nicht, sie zu beseitigen. Die politische Freiheit, die die Frau errungen hat, muß weiterführen zu ihrer wirtschaftlichen Befreiung.

Daher erheben die Frauen Deutschlands auch am diesjährigen Frauentag ihre Forderungen, und diesmal steht an erster Stelle: Sozialistinnen zu den Friedensverhandlungen zu entsenden, die das Vertrauen der Internationale genießen. Das trifft aber nicht zu auf die Rechtssozialisten und auch nicht auf ihre Delegierte Frau Audace, denn diese besitzt nicht einmal das Vertrauen der Mehrheit der deutschen sozialistischen Frauen. International denkende und handelnde Frauen hätten bei diesen Friedensverhandlungen eine große Aufgabe zu erfüllen. Sind sie doch als Vertreterinnen der Mütter, Ehefrauen, Töchter und Schwestern der vom Kapitalismus Gemarterten zu allererst berufen, die Drahtlatz des Mißtrauens und des Hasses, die von den kapitalistischen Regierungen zwischen den Völkern gesät wurde, auszurotten und als internationale Sozialistinnen darauf hinzuwirken, die Völker der Arbeit ihre gemeinsamen Interessen kennen zu lernen. Die Frauen sind die Trägerinnen eines neuen Geschlechts, sie sollen zu diesen sozialistischen Erzieherinnen werden, die in jedes Kinderherz und Kinderhirn die Liebe zur Freiheit und Brüderlichkeit einpflanzen.

Und im engsten Zusammenhang hiermit steht unsere Forderung, daß Mutter- und Kinderfürsorge, wie der ganze Arbeiterschutz überhaupt bei den Friedensverhandlungen internationale Regelung finden muß.

In allen Ländern sang man während des Krieges das Lied der Frau. Man glaubt ihrer jetzt nicht mehr zu bedürfen. Darum müssen die Frauen alles tun, um genau so wie bisher ihre Unentbehrlichkeit im politischen wie im wirtschaftlichen Leben zu beweisen.

Frauen müssen zur Arbeitskontrolle herangezogen werden. Sie sind bis jetzt in den Arbeiterräten viel zu schwach vertreten; ihr Bestreben muß darauf gerichtet sein, auch hier gemeinsam mit den männlichen Kollegen auf Grund ihrer reichen Erfahrung zum Besten der Gesamtheit zu wirken.

Frauen müssen unter die Frauen gehen. In ihnen werden ihre Leidensschwwestern das größte Vertrauen haben, ihnen werden sie ihr Herz öffnen. Jetzt ist die Zeit da, alle Frauen aufzurufen, ihre Energie des Ertragens und Leidens umzukehren in Taten. So ungeheuer viel ist zu tun! Heraus mit den Kindern aus Fabriken und Heimarbeitersöhlen! Binans mit ihnen aufs Land, in gesunde Luft! Verbot jeglicher Kinderarbeit! Schug der Jugend! Laßt sie lernen! Befreit Euch Frauen selber von der Bürde des dreifachen Berufes, als Mütter, Hausfrauen und ertöndliche Arbeiterinnen!

Der diesjährige Frauentag fällt in eine schwere Zeit. Und doch ist sie voll von Verheißungen für eine baldige glückliche Zukunft derer, die bis jetzt unterdrückt und unterdrückt waren. Die nur der Sozialismus allein die Menschheit befreien kann von Imperialismus und Kapitalismus, so kann auch der Sozialismus allein das Menschenrecht der Frau verwirklichen. Ihre Unterdrückung wird erst ein Ende finden mit der Lösung des Problems der Arbeiterinnen und das kann nicht geschehen, so lange ein Staat sich nicht auf die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Noch lebt der Kapitalismus! Doch er ist erschüttert. Das Proletariat hat die Axt an seine Wurzeln gelegt!

# Der Lohnkampf in der Berliner Metallindustrie.

Gestern vormittag haben die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Metallindustrie den Unternehmern den Kampf angelegt. Als Antwort auf das brüskierte Verhalten der Unternehmer, die die Verhandlungen wegen des an sich gar nicht so bedeutenden Streitpunktes abgebrochen hatten, sind rund 30 000 Angestellte in den Streik getreten. Ob der Streik auch auf die Arbeiterkraft in den Betrieben übergreifen wird, muß erst abgewartet werden. Die Arbeiter haben vielfach beschlossen, Arbeit nur von ihren Meistern, den jetzt im Streik befindlichen, anzunehmen, und damit ist ja in Wirklichkeit der ganze Betrieb lahmgelegt. Ein Streik von längerer Dauer, in dieser Weise geführt, könnte bei der Wichtigkeit der in Betracht kommenden Betriebe, sich in unserem gesamten Wirtschaftsleben unheilvoll bemerkbar machen. Um so mehr zu vermeiden ist das Unternehmertum, das sich hier wieder als unhaltbarer Teil erwies, nachdem seitens der Angestellten in wochenlangen Verhandlungen versucht worden war, eine Verständigung zu kommen, um einen so schwerwiegenden Kampf zu vermeiden.

Die Differenzen entstanden durch die von den Unternehmern beliebte Ausdeutung eines früheren Schiedspruches, an dem wollten die Unternehmer die den Angestellten in allen Fällen gewährten monatlichen Gratifikationen (einen Teil Anteil am Geschäftsgewinn) bei der Berechnung des nach dem erwähnten Schiedspruch gewährten Gehaltsvorschlusses in Beschluß bringen, während die Angestellten in Schiedspruch zu ausleuten, daß nur die Weihnachtsgatifikation anzurechnen werden soll. Darüber ist es nun im Streit gekommen.

Die Angestellten haben nun wieder noch neue Forderungen aufgestellt, die sich auf das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses beziehen. Außerdem haben sie ihre ursprünglichen Gehaltsforderungen in neuem aufgestellt. Es wird natürlich jetzt schwer sein, in ihre Rollen gekommenen Stein aufzubringen und eine solche Verständigung herbeizuführen.

Die streikenden Angestellten, deren Zahl noch ständig wächst, haben dem Verband Berliner Metallindustrieller durch die Streikleitung ihre Forderungen mit der Erwartung unterbreiten lassen, daß sie jederzeit zur Aufnahme in Verhandlungen bereit sind. Sie fordern für jeden Angestellten vom 1. März ab eine monatliche Zulage, und zwar 50 Mark für Angestellte unter 20 Jahren und 75 Mark für Angestellte über 20 Jahre. Die Mindesteinkommen seien betragen:

a) Jugendliche	
im 16. Lebensjahre . . . . .	100 Mark monatlich
17. . . . .	190 . . . . .
18. . . . .	200 . . . . .
19. . . . .	225 . . . . .
20. . . . .	250 . . . . .
21. . . . .	275 . . . . .

## b) Sonstige kaufmännische und technische Angestellte.

Für diese sollen die monatlichen Bezüge gegenüber dem monatlichen Einkommen im Juli des Jahres 1914 um folgende Höhe erhöht werden:

Monatliche Bezüge	Erhöhung	Mindestens
100-150 R.	Steigerung um 100%	350 R.
150-190 . . . . .	140%	435 . . . . .
190-230 . . . . .	165%	505 . . . . .
230-270 . . . . .	155%	610 . . . . .
270-325 . . . . .	180%	690 . . . . .
325-370 . . . . .	110%	750 . . . . .
370-420 . . . . .	90%	780 . . . . .
420-500 . . . . .	70%	800 . . . . .
500-600 . . . . .	60%	850 . . . . .
600 R.	50%	900 . . . . .

Die Festschaffung der neuen Bezüge stützt sich auf die am 1. Juni 1914 gezahlten Gehälter, um einen Ausgleich in der Entlohnung der Angestellten herbeizuführen gegenüber der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse durch den Krieg.

Wie aus den vorstehenden Prozentangaben ersichtlich ist, fordern die Angestellten noch bei weitem keine Steigerung der Bezüge im gleichen Verhältnis der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse. Sie erreichen mit ihren Forderungen auch nicht die durchschnittliche Lohnforderung der Arbeiter, die vielfach 300 und mehr Prozent betragen. Während die Kosten der Lebenshaltung durchschnittlich um 70 und mehr Prozent gestiegen sind. Man kann also mit Recht sagen, daß diese Forderungen sich durchaus in dem Maße bewegen, was die Industrie ihren Angestellten gegenüber billigerweise leisten muß, zumal doch die Nachteile in erster Linie mit zu den außerordentlichen Gewinnen beigetragen haben, die gerade die Metallindustrie während des Krieges einheimischen hat.

Im Zusammenhang mit der Lohnforderung haben aber die Angestellten auch eine bedeutende ideale Forderung aufgestellt, und zwar die des Mitbestimmungsrechtes der Angestelltenräte. Bislang waren die Angestelltenräte in den Betrieben vielfach nur Dekorationsbeistand. Die Angestellten fordern nunmehr, daß der Ausschuss mit zu den Entscheidungen in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses. Insbesondere sollen Einstellungen, Kündigungen und Entlohnungen künftig nicht ohne vorherige Zustimmung der Angestelltenräte erfolgen.

Wie wir hören, hat der Demobilisationskommissar bereits für heute vormittag 9 Uhr eine Sitzung anberaumt, in der der Versuch einer Einigung zu machen. An der Sitzung sollen Vertreter der Streikleitung und des Verbandes Berliner Metallindustrieller teil.

ionen. Sie hat ihren Sitz in Daverlands Kessale, Rene Friedrichstr. 35 (Tel. N. den 4854).

Vorsitzender der Streikleitung ist Ingenieur Gamm vom Bund der technisch-industriellen Beamten.

**Siemens-Schuckert-Werke.** Angestellte des Verwaltungsgebäudes: Das Streikbureau befindet sich ab Freitag, den 4. d. M., im Lokal „Heldstrug“, Siemensstadt, Nonnenbammallee 90, bei Marjand. — Die Kolleginnen und Kollegen werden gebeten, recht pünktlich zur festgesetzten Zeit dort zu erscheinen. Die Streikleitung, l. A.: Amargis.

Angestellte im S. u. S. Wernerwerk: Das Streikbureau befindet sich im Restaurant „Zur Schleiße“, Siemensdamm 1. Zusammenkunft vormittags 10 Uhr.

## An die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Zu dem Streik der Angestellten in der Berliner Metallindustrie geben wir unseren Mitgliedern nachstehende Verhaltensmaßregeln:

1. Wir empfehlen, vorläufig nicht in einen Sympathiestreik einzutreten.
2. Unsere Mitglieder haben von ihren Arbeitgebern zu verlangen, daß die Sicherheit des Betriebes gewährleistet ist.
3. Jede Art Streikarbeit ist abzulehnen.
4. Bei Schließung der Betriebe haben unsere Mitglieder grundsätzlich die Bezahlung für entgangenen Arbeitsverdienst zu verlangen.
5. Jede Stilllegung von Betrieben ist sofort unserem Bureau, Linienstr. 83/85, Zimmer 6, zu melden.

Die Ortsverwaltung.

## Gewerkschaftliches.

### Die Trinkgeldfrage im Gastwirtsgerwerbe.

Am Dienstag fand in den Germania-Sälen, Chausseestraße, eine gut besuchte Brandenburger-Versammlung der Restaurant- und Hotelbesitzer des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin, statt. In der Hauptsache wurde Punkt 2, Schiedsgerichtsverhandlungen, besprochen. Kollege Gerner gab einen ausführlichen Bericht, worin er bemerkte, daß die Unternehmer sich nicht ernstlich bemühen, die Trinkgeldabfindung in Bier- und Restauranten in Höhe vorzunehmen, sondern mit Umgehung aller Art Verschleppungsmanöver.

Die hier anschließende Diskussion nahm einstimmig eine Resolution an, worin der Vorstand aufgefordert wird, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die sofortige Trinkgeldabfindung in den Bier- und Restauranten, Saal- und Gartenwirtschaften, Groß-Berlin und Umgebung durchzusetzen. Die Versammlung protestierte gegen die Beschäftigung von Reinerinnen in neu eröffneten Betrieben und in den, wo vor dem Krieg Keiner beschäftigt gewesen, weil dadurch das Heer der Arbeitslosen vergrößert und die in Frage kommenden Gemeinden immer mehr mit Arbeitslosenunterstützung belastet werden. Außerdem wird die Durchführung des Achtstundentages für alle Branchen im Gewerbe gefordert.

Nach Erledigung einzelner Berufsfragen verpflichteten sich die Versammelten, die bürgerlichen Blätter aus ihrem Haushalt zu entziehen; sie erkennen nur eine im Sinne der Arbeiterbewegung schreibende Presse an.

### Lohnbewegung in der Blumengeschäftsbranche.

Die Gruppe der Blumengeschäftsangestellten im Verband der Gärtner und Gärtnergehilfen hielt am Dienstagabend im „Reingold“ eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Ueber Abschluß eines Tarifvertrages für Groß-Berlin führte Kollege Albrecht in sehr ausführlicher Weise aus, wie schwierig es sei, mit den Unternehmern zu einem einigermassen annehmbaren Tarif zu gelangen. Eigentümlicherweise sei im Gärtnergewerbe der Zustand zu verzeichnen, daß man hier erst einen soz. Zentraltarif schaffen will, bevor man örtliche Tarife abschließen wolle. Redner führte weiter aus, daß bei den Verhandlungen zum erwähnten Zentraltarif für das ganze Reich die Lehrgesetze die größte Rolle gespielt habe. Die Vertreter des Verbandes deutscher Blumengeschäftsinhaber wollten unter allen Umständen die dreijährige Lehrgesetz durchsetzen. Referent verlas eine längere Erklärung des Verbandesvorsitzenden, worin in ausführlicher Weise begründet wurde, daß eine zweijährige Lehrgesetz das höchste sei, was man zuzulassen könne, zumal auch in anderen Berufen das Bestreben dahin gehe, die Lehrgesetze abzuschaffen. Redner meint, daß jedenfalls versucht werde, durch Hintertüren längere Lehrgesetze durch die örtlichen Tarife einzuführen, und bittet in dieser Beziehung die Augen offen zu halten. Da der Zentraltarif aber voraussichtlich vorläufig nicht zustande käme, empfehle er, einen örtlichen Tarif abzuschließen. Es hätten am 24. März Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, die aber bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt hätten. Folgende Mindestforderungen, in bescheidenen Maße auch seien, wären von ihnen abgelehnt worden. Als vorläufige Höhe für den neuen Tarif sollten festgelegt werden für Bänderinnen im ersten Lehrjahre monatlich 87,50 Mark, im zweiten Lehrjahre 90 Mark. Im dritten Jahre der Berufstätigkeit 93 Mark, im vierten Jahre 95 Mark und im fünften Jahre 98 Mark wöchentliche Lohn. Für männliche Bänder könne man sich überhaupt auf keinen Tag einigen.

In der Diskussion legte die Kollegin Keil die traurige wirtschaftliche Lage der Berufsangehörigen in anschaulicher Weise dar. Im allgemeinen wurde von sämtlichen Rednern und Rednerinnen auf die geringe Höhe der Lohnsätze hingewiesen. Man sprach mit gewissem Recht von Hungerlöhnen. Ein Redner erklärte, daß man je ein Mark pro Tag als das mindeste betrachten müsse, um einigermaßen leben zu können. Vom Vorsitzenden Kollege Kuerbach wurde erwidert, daß man leider verdammt habe, die Organisation so auszubauen, daß man die Forderungen mit Erfolg vertreten könne. An den Mitgliedern und Berufsangehörigen liege es, das Verbot zu befolgen, so daß wie möglich nachgeholt. Die Versammlung nahm dann folgenden Antrag einstimmig an: Die heutige Mitgliederversammlung der Blumengeschäftsangestellten beauftragt ihre Vertrauensleute, mit den Geschäftsinhabern zwecks Abschluß eines besseren Tarifs nochmals Unterhandlungen einzuleiten.

Durch eine vorherige Abstimmung hatte man die oben angeführten Lohnsätze als zu niedrig abgelehnt. Kollege Rosenthal sprach dann über den achtstündigen Arbeitstag und die völlige Sonntagruhe in den Blumengeschäften, und daß die strengere Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin sei. Die achtstündige Arbeitszeit sei gesetzlich festgelegt, aber die schönsten Gesetze verlieren ihren Wert, wenn

sie nicht durchgeführt werden. Bei der Sonntagruhe sei es dem Unternehmern annehmend gelungen, Sonderbestimmungen für sich herauszuholen. Er stelle folgenden Antrag:

Die heutige Versammlung der Blumengeschäftsangestellten verlangt von der Behörde, daß irgendwelche Ausnahmen für die vollständige Sonntagruhe von Blumengeschäften nicht bewilligt werden. Sollte dies wider Erwarten doch geschehen, so verpflichten sich die versammelten Berufsangehörigen, in schärfster Form dagegen Stellung zu nehmen und, im Falle der Sonntagarbeit zu verweigern.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Rosenthal erklärte, er wolle bis Sonntag ein Par. Stellungnahme des Verbandes zu erwarten haben. Im engeren Sinne bitte er, den eventuellen Anordnungen der Organisation, die die Angestellten noch in der Arbeiterpresse bekannt gemacht würden, unbedingt Folge zu leisten. Mit einigen Ermahnungen, die nötige Agitation für die Organisation zu betreiben, schloß der Vorsitzende die für alle Anwesenden interessante Versammlung.

In einer Brandenburger-Versammlung der Einrichter gab der Brandenburger Veger zunächst den Jahresbericht. Derselbe war kurz, da die Branche erst gegen Ende des Krieges begründet ist. Beklagt wurde über das geringe Interesse, das in Kolonnenreisen für die Ausgaben der Branche vorhanden ist. Es wurde dann zu den Resonanzen gefahren als 1. Brandenburger wurde gewählt: Max Schneider, als 2. Brandenburger: Robert Klein, als Schriftführer: Renndburg. Die beiden Erstgewählten sind nach Abgabe ihres politischen Glaubensbekenntnisses u. S. P., der letzte nicht politisch organisiert, aber Anhänger des Rätesystems. Eine lange politische Debatte entspann sich dann bei der Wahl der Agitationskommission. Neben dreizehn Kollegen, die in der U. S. P. organisiert sind, wurden 2 Kollegen vorgeschlagen, die Mitglieder der S. P. sind. Beide erklärten, auf dem Boden des Rätesystems zu stehen. Auf den Zwischenruf: „Welches Rätesystem?“ ergriff Buchel das Wort, der zunächst erklärte, auch Anhänger des Rätesystems zu sein. Nicht das Schlagwort „Alle Macht den Arbeiterräten“, sondern „alle wirtschaftspolitische Macht“. Erst einmal im Besitz der ökonomischen Macht, werde die politische Macht der Arbeiterschaft von selbst in den Schoß fallen. Redner verbreitete sich dann in längerem Ausführungen über das russische System. Er kam dann auf die Tätigkeit der Arbeiterräte in den Betrieben zu sprechen und entwickelte seine Pläne über den Ausbau des Rätesystems überhaupt. Er ist Anhänger des berufständlichen Wahlsystems. Der größte Teil der S. P. D., außer einigen ungetreuen, stehen in Berlin in der Partei der S. P. D. vor wichtigen Entscheidungen. Wer sich nicht zum Rätesystem bekennt, über den gehen wir zur Tagesordnung hinover. Schneider trat Buchel entgegen und verteidigte die nicht durch Opposition in der S. P. D., sondern durch Uebertritt zur U. S. P. könne die Arbeiterschaft etwas erreichen. Darauf erfolgte die Wahl der Agitationskommission, die nunmehr aus folgenden Kollegen besteht: Kollewski, Behrend, Dorn, Jernison, Josef, Lorenz, Polland, Rohrmeyer, Vogel, Meyer, Vener, J. Widel, Krieger, Vener O. Ring. Es wurde dann in die Beratung des Kollektivvertrages eingetreten. Nach einer sehr lebhaften Aussprache, in der heftige Vorwürfe gegen die Unternehmer erhoben wurden wegen ihrer schändlichen Auslegung des Kollektivvertrages, wurde einstimmig beschlossen, den Vertrag zu kündigen. Ein Antrag: überhaupt keinen Vertrag mehr abzuschließen, wurde abgelehnt. Darauf wurde in die Beratung über den neuen Vertrag eingetreten und wurde beschlossen, einen Stundenlohn von 2,25 Mark zu fordern. Außerdem wurde beantragt: Maschinenarbeiter, so bald sie 4 Jahr als Einzelarbeiter tätig sind, erhalten denselben Lohn wie die selbständigen Einzelarbeiter. Unter einem Jahr 20 Pf. weniger. Es wurde dann noch eine Verhandlungskommission gewählt, bestehend aus Kollewski, Schneider, Klein, Vener O., Krieger, Meyer, Jernison, Richter. Als Beisitzer für den Schlichtungsausschuss werden Klein und Kollewski vorgeschlagen.

Wachtung, Zimmerer! Da die Tarifverhandlungen gescheitert sind, ist seit dem 1. April der Tarif aufgehoben; somit befinden wir uns jetzt in einer tariflosen Zeit. Am Dienstag findet aus diesem Grunde eine Tagessitzung im Gewerkschaftshaus, Saal 1, statt.

## Versammlungen. Fünfter Kreis.

Die Genossen des fünften Kreises nahmen am Dienstag in der Aula des Sophien-Realsgymnasiums den Vorsitz des Genossen Weisse über den Parteitag entgegen. Aus dem Stimmungsbild, das der Redner einleitend vom Parteitag gab, sei das auffallende Hervortreten jüngerer Genossen hervorgehoben, während das Dirigieren und Stimmungsmachen durch alle „Parteilinien“, wie man es auf früheren Parteitag beobachtet konnte, diesmal nicht zu bemerken war. Der Referent verweltete dann länger bei der Beratung des Aktionsprogramms, wobei er hervorhob, daß das Sekretariat nicht von dem vom revolutionären Temperament getragenen Parteitag Däumling wenig abwich. Die vom Parteitag geforderte Diktatur des Proletariats hat für uns kein. Folgendes, da wie jetzt die Diktatur einer Rednerregierung im Hotel entgegen müssen. — Genosse Weisse begrüßte dann in der Beschlusse in der Gewerkschaftstages, der die Parteigenossen auffordert, in der Halle der Gewerkschaften für Ausbreitung des revolutionären Bewusstseins zu wirken. Schon heute kann man beobachten, daß die Revolution auf den Klärungsprozess der Gewerkschaften beschleunigt gewirkt hat. — In der Frage der Jugendbewegung konnte der Referent die Herausgabe einer Jugendzeitschrift nicht gutheißen. Der Zentralrat habe der Berliner freien Jugend einen möglichst weiten Spielraum, völlige Freiheit und weitgehende materielle Unterstützung zuteil werden lassen. Trotzdem hat sich die freie Jugend acht Tage vor dem Parteitag auf einer Reichstagskonferenz rückwärts auf dem Boden der kommunistischen Partei gestellt, ohne die Stellungnahme des Parteitages abzuwarten.

In der Diskussion brachte Genosse Densel eine Resolution ein, in der das Ergebnis des Parteitages als nicht befriedigend, das Programm als unzureichend erklärt wird. Er verlangte nähere Angaben über die Kampfmittel zur Erreichung der sozialistischen Gesellschaft. Des weitern bezog er die Resolution die Erhöhung der Beiträge als nicht genügend, ebenso müsse der Bildungsarbeit und der Jugendbewegung mehr Beachtung geschenkt werden. — Dr. Rosenbergs ist im Gegensatz zum Genossen Densel mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, nur in der Jugendfrage hätte mehr geschieden können. Der Redner warnte dann vor dem nationalen Demonstrationstummel; unbekannt unserer Stellungnahme zu den politischen Antriebsbestrebungen auf Tagessitzung müssen wir auch in dieser Frage eine scharfe Stellung gegenüber den Rechtssozialisten vornehmen, indem wir ihnen das Recht abzprechen, gegen Gewerkschaftspolitik zu protestieren, solange sie die Gewerkschaft im Inneren aufrecht erhalten. Genosse Hildebrandt hielt eine Kritik an der proletarischen Bildungswesen vernachlässigt worden ist, müsse in den Organisationsfragen seien auf dem Parteitag zu kurz gekommen. Was im Bildungswesen vernachlässigt worden ist, müsse in den Organisationsfragen nachgeholt werden. — Genosse Koch kritisierte die Haltung des Parteitages in der Frage Rätesystem oder Parlamentarismus, eines könne es nur geben. Er hätte zusammengehen mit den Kommunisten gewünscht. Gegenüber den Kritikern



Der Frauenklub ruft alle Frauen auf zu tatkräftiger Mitarbeit. Den Schwestern in Ungarn und Rußland sendet er seinen revolutionären Gruß und ist der sicheren Voraussage, daß in allen Ländern die Revolution kommen, den Völkern und mit ihnen den Frauen den Sieg des Sozialismus und damit ihre Befreiung bringen wird.

## Die Lage in Frankreich.

Paris, 2. April. (Habd.) Die Kammer berät über das provisorische Budgetwörterbuch und behandelt außerdem die Einführung einer Inflationsteuer und einer Zugsteuer. Es wurde eine Herabsetzung des Zinsfußes in Höhe von 10 Millionen vorgenommen, um zum Ausdruck zu bringen, daß die militärischen Ausgaben eingeschränkt werden müssen. George Leygues erinnerte daran, daß Bidou erklart habe, daß die Regierung keine Expedition nach Rußland zu entsenden gedenke. Das Haus bewilligte sodann das Budgetwörterbuch mit den vorgeschlagenen Abstrichen.

„Humanité“ schreibt: Die sozialistische Partei hat die Militärkredite abgelehnt als Protest gegen eine Intervention in Rußland. Die „Fédération de la Seine“ erklärt in einer Resolution der Freispruch Villains sei inspiriert von Doh und Hurdy vor dem Proletariat und bedeute die Aufforderung zum Bürgerkrieg. Die Fédération beauftragt ihren Ausschuß, mit den Sozialisten die sofortigen Konsequenzen hieraus zu besprechen.

Rotterdam, 2. April. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Paris, daß die Bergarbeiter im Departement Larn, dessen Abgeordneter Jaurès war, einen 24stündigen Proteststreik gegen die Freisprechung Villains beschlossen haben.

Bern, 2. April. Humanité veröffentlicht aus ganz Frankreich, u. a. auch von den Pariser und Seinegegendskämpfern, Protestberichte und Aufrufe über den Freispruch Villains, der unaufgeheurt Unzufriedenheit und Verwirrung in der französischen Arbeiterklasse zur Folge gehabt hat.

## Das französische Manifest.

Die „D. M. G.“ gibt in einem Züricher Telegramm den Inhalt des Manifestes der französischen Sozialistenpartei vollständig wieder, als das gestern veröffentlichte Wolff-Telegramm. Aus dieser Meldung geht hervor, daß das Manifest von sämtlichen Führern der französischen sozialistischen Partei einschließlich der Gruppe der Einundvierziger unterzeichnet ist. Die Grundgedanke weist eindeutig darauf hin, daß der Sozialismus den Krieg vorausgesehen habe, und erklärt, der internationale Sozialismus allein könne den Weg zur Menschheitszivilisation weisen und die Ordnung in der Welt wieder herstellen. Die Demokratie, so heißt es weiter, kann nur völlig verwirklicht werden, wenn durch eine soziale Revolution unter Fortführung des Werkes der französischen Revolution die Erbprivilegien der Besitzenden und die Erbkrankheit der Arbeitenden beseitigt wird. Die sozialistische Partei verlangt nicht Revolution mit Gewalt. Sie wünscht, daß ihre Ziele in Ruhe und durch planmäßige Organisation erreicht werden, doch darf das Proletariat zur Eroberung der politischen Macht auf kein Kampfmittel verzichten. Die Form seiner Revolution wird schließlich von den Umständen abhängen, nämlich von der Art der Widerstände, die sein Bestreben nach Befreiung vorfinden wird. Die Partei verkennet ferner nicht, daß die sozialistische Revolution nur dann zelingen kann, wenn sie ihre geschichtliche Stunde wählt. Die Partei kann vor keiner Selbsterneuerung zurückweichen, die ihr durch die Fehler des Bürgertums geboten werden. Welches auch die Form der Revolution sein wird, die Übernahme der Gewalt durch das Proletariat wird vorwiegend von einer Periode der Diktatur begleitet sein, denn wahrlich wird die Diktatur des Proletariats notwendig werden.

## Aus Ungarn.

Private Telegramme der „Freiheit“. Budapest, 2. April. Heberall bilden sich Bauernräte. In ihnen herrschen die armen Bauern vor. Die Diktatur des Proletariats in Ungarn läßt den Männern des alten Regimes nicht jene grausamen Verfolgungen zuteil werden, von denen die im Auslande verbreiteten tendenziösen Nachrichten zu erzählen wissen. Es wurden nur einige Verhaftungen vorgenommen. Doch erstreben sie sich nur auf diejenigen, die die Schuld am Kriege tragen.

Budapest, 2. April. Durch eine Verordnung über die Organisation der Beschäftigung und Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion wird die landwirtschaftliche Verwaltung auf die Lokalverwaltung begründet, wobei der Bauernrat als Ausgangspunkt dient. Als höchste Instanz gilt die aus Mitgliedern des Volkskommissariats für Ackerbau und drei Delegierte des Landesverbandes für Bodenarbeiter bestehende Landeskommission.

## Keine Einmischung der Tschechen.

Prag, 2. April. Laut „Pravo Lidu“ hat der Minister des Innern, Sochla, in der Obmannkonferenz der Nationalversammlung auf Anfrage eines Sozialisten erklärt, daß die tschecho-slowakische Regierung in die Verhältnisse anderer Staaten, also auch in die inneren Angelegenheiten Ungarns nicht eingzugreifen beabsichtigt.

## Das Mietwahlrecht.

Budapest, 2. April. Nach einer Meldung des ungarischen Korrespondenzbureaus bestimmt eine Verordnung des revolutionären Regierenden Rates über die Wahl der Arbeiter, Soldaten, und Bauernräte: In Ungarn bildet jede Nation, wenn sie auf einem zusammenhängenden größeren Territorium lebt, einen besonderen Nationalrat und Volksgewaltsschuss. Die Bildung der verschiedenen Nationalräte und die Beziehungen derselben zueinander sowie die endgültige Verfassung der auf föderalistischer Grundlage stehenden ungarischen Republik wird von der Landesversammlung der Räte festgesetzt werden. Die Regierung und Leitung sämtlicher Fragen des staatlichen Lebens von wirtschaftlichen Angelegenheiten abgesehen, in dem Reichslande hat

Landesversammlung der Arbeiter, Soldaten, und Bauernräte. Die Diktatur des ungarischen Proletariats wird von der Landesversammlung der Räte zusammen mit den lokalen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten ausgeübt. Weder aktives noch passives Wahlrecht besitzen diejenigen, die durch Erwerbung eines Gewinnes Lohnarbeiter beschäftigen, aus Einkünften ohne Arbeit leben, Kaufleute, Priester und Mönche, Geistliche und unter Kuratell stehende und schließlich Personen, deren politische Rechte wegen gelinder Verbrennen aufgehoben sind. Eine zweite Verordnung des revolutionären Regierenden Rates ordnet die Abhaltung der Wahl der Dorf- und Stadträte für spätestens den 7. April, die Wahl der Kreisräte bis spätestens 10. April, die Wahl der Komitaträte bis spätestens 12. April und schließlich die Wahl der Landesversammlungs-Räte bis spätestens 14. April an.

## Der Militarismus marschert.

Die wilhelminischen Offiziere arbeiten fieberhaft, um den alten Militarismus in allen seinen Teilen wieder auf die Beine zu bringen. Die Herrschenden kümmern sich den Teufel um die Sehnsucht der breiten Massen nach einem endgültigen Weltfrieden. Sie treffen diemehr Vorbereitungen, als steuerten wir geradenwegs einem neuen Kriege zu, und ihre Pläne rechen dabei direkt ins Großkalibne. Hier ein neues Dokument, das uns ein äunziger Wind auf den Tisch geweht hat:

Generalinspektion des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens Nr. 120/19. Berlin SW. 6, den 6. 3. 19.

Es ist beabsichtigt, baldmöglichst kriegsschulartige Lehrgänge für Kriegsdienstleute einzurichten und je nach Bedarf Kriegsschulen für Fahnenjunker und Fähnriche zu eröffnen. Die hierfür erforderlichen Anordnungen können erst auf Grund eines Ueberblicks über die vorhandenen Lehrer, Schüler und geeigneten Verhältnisse getroffen werden. Es wird deshalb gebeten, der Generalinspektion folgende Fragen möglichst umgehend, spätestens aber bis zum 31. März 1919, zu beantworten oder bereits erteilte Auskünfte im Sinne dieser Fragen zu ergänzen. Als Kommandeure und Lehrer sind in erster Linie ehemalige Kriegsschullehrer erwünscht. Außerdem auch andere geeignete Offiziere, die erst Generalstabsoffiziere einer Division gewesen sind, für die anderen kriegswissenschaftlichen Fächer (Kochkunst, also Artilleristen, Pioniere, Cistie etc. der Luftkriesträfte, Nachrichtenwesen, als Lehrer für Heerwesen kriegserfahrene Frontoffiziere, mit guter Allgemeinbildung, die sich in der Färbung für ihre Truppe und durch die geschickte Behandlung ihrer Untergebenen besonders bewährt haben.

Als Kommandeure kommen in Betracht: Oberstleutnants oder Majore, als Lehrer Majore oder ältere Hauptleute, als Adjutanten oder Inspektionsoffiziere Hauptleute oder Oberleutnants. Es wird gebeten, die als Kommandeure geeigneten Offiziere mit Personalbogen und kurzer Beurteilung namhaft zu machen, und im übrigen kurze gehobene Angaben, wie viele Offiziere vorhanden sind, die sich als Lehrer, Adjutanten oder Inspektionsoffiziere eignen, und zwar mit Angabe der Dienstgrade, Woffungsangaben oder Befehlsbefugnisse. Bei den Inspektionsoffizieren wird um Angabe gebeten, wie viele von ihnen den Reutunterricht oder den Unterricht über Luftfahrwesen übernehmen können.

Die weiteren Fragen sind folgende: a) Wie viele Kriegsdienstleute kommen für den Besuch eines Lehrganges in Betracht? Wie viele Fahnenjunker oder Fähnriche für den Besuch einer Kriegsschule? b) Wegen in den Standorten der im Korpsbereich gelegenen Kriegsschulen Verhältnisse vor, die ihre Wiedereröffnung bedenklich erscheinen lassen, welche andere Verhältnisse kann für die Einrichtung eines Lehrganges vorgeschlagen werden? c) Welche Verhältnisse (Truppenübungsplätze, unbenutzte Kasernen) eignen sich in den Korpsbezirken, in denen keine Kriegsschulen liegen, zur Einrichtung von Lehrgängen? d) Sind von Generalkommandos oder Divisionen bereits Lehrgänge eingerichtet, wo und für welche Zeit? Die Wiedereröffnung der militärischen Akademie ist in Aussicht genommen. Hierfür sind folgende Angaben notwendig, die die Generalinspektion erbittet, ihr ebenfalls bis spätestens zum 31. März 1919 zugehen zu lassen:

a) namentliche Angabe der Offiziere, die sich als Lehrer und Direktionsoffiziere eignen unter Angabe des Befehlsbefugnisses; b) namentliche Offiziere der verschiedenen Waffen kommen für eine Kommandierung als Schüler in Betracht? Den erbetenen Personalvorschlägen werden eingehendere, deren Eingabe durch A.-G.-Bl. bekanntgegeben werden, zu folgen haben.

Der Generalinspektor. gez. von Gabein. Also statt Entmilitarisierung neue Aufrüstung! Keine Volkswehr zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern des Landes. Sondern ein kriegsmäßig ausgebildetes Offizierskorps, das seinen Angriffspunkt den Mannschaften einzudrillen hat. Das ist der Zweck dieser Kriegsschulen. Und dementsprechend wird das neue Heer beschaffen sein, daß die „sozialistischen“ Machthaber ins Leben rufen. Der Militarismus ist nicht tot, er dürrt sich nach neuen Taten, und das Volk muß auf der Hut sein, damit es nicht über Nacht in ein neues Abenteuer gestürzt wird.

## Kuttner in Dortmund.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Die Gesellschaft für Aufbau und Werden“ hatte sich den „Vorwärts“-Redakteur Erich Kuttner verpflichtet, um der Dortmunder Arbeiterklasse zu zeigen: Was uns der Bolschewismus bringen würde. Diese Ansicht ist gründlich daneben gelungen. Herr Erich Kuttner's Verhalten bei den „Vorwärts“-Kämpfen in Berlin fand den Arbeitern Dortmunds in so gutem Gedächtnis, daß die Versammlung mit 2/3 Mehrheit beschloß, den Redner nicht sprechen zu lassen und ihn aufzuberger, das von 4-5000 Personen besuchte Versammlungsplatz zu verlassen. Danach logte die Versammlung weiter. Sie beschäftigte sich aber nicht mehr mit dem Zukunftsthema, das Kuttner gestellt hatte, sondern behandelte die zeitgemähere Frage: „Was uns die Herrschaft der Reichssozialisten gebracht hat.“ Unter stürmischen Beifall der großen Versammlung wurde an der Hand von Totschen die arbeitereindliche Politik der Oberst und Scheidemann gebührend besprochen. So wurde der ursprüngliche Zweck der Versammlung in ein Gegenziel verwandelt.

Die Arbeiterschaft Dortmunds ist nicht gewillt, sich von Sozialistensprachen einflößen zu lassen. Sie urteilt nach Totschen, und sie hat auch Herrn Kuttner nach seinen Taten behandelt.

## Wo bleiben die Staatsgelder?

Im Armeeverordnungsblatt Nr. 28 vom 28. März 1919 ist auf Seite 240 folgende Verordnung zu lesen: Kriegsministerium. Nr. 509/3. 19 U 2.

Berlin, den 22. März 1919. Mietentschädigung an Offiziere an Stelle der früheren Dienstwohnungen. Offiziere, denen bisher an Stelle fehlender Dienstwohnungen eine Mietentschädigung von 15 333 Mark gewährt worden ist, erhalten nach Maßgabe des Etats vom 1. April eine Mietentschädigung von 8000 Mark, die beim Nachweis besonderer Aufwendungen bis auf 15 333 Mark erhöht werden kann.

Der Kriegsminister. Der Unterstaatssekretär. i. A.: gen. Robbe. gen. Gähre.

Die Zahl der Offiziere, die diese hohe Miet- und Aufwandsentschädigung erhalten, ist natürlich nicht klein, nachdem die Aufräumungsarbeit, die in den ersten Revolutionswochen geleistet wurde, durch Herrn Robbe wieder zunichte gemacht worden ist. So arm das deutsche Volk durch den Krieg auch geworden ist, es hat nach Ansicht der Weimarer Herren immer noch genug übrig, um sich einen neuen Militarismus mit einer weitverzweigten, äußerst anspruchsvollen Offiziersklasse leisten zu können.

## Das neue Ministerium in Baden.

Karlsruhe, 2. April. Die badische Nationalversammlung wählte in ihrer heutigen Nachmittagsitzung das neue Ministerium. Es wurden gewählt für auswärtige Angelegenheiten: Dietrich, Finanzen: Dr. Witt, Inneres: Kemmle, Justiz: Dr. Trunk, Kultur und Unterricht: Hummel, militärische Angelegenheiten: Geiß, soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten: Rädert. Zum Staatspräsidenten wurde gewählt der Abgeordnete Geiß und zu seinem Stellvertreter Minister Trunk. Zu Staatsräten wurden gewählt die Abgeordneten Haas, Köhler, Marum, Weighaupt, Wittenmann und Stadtrat Wilhelm Engler in Freiburg.

Kanton Badisch leistet sich also einen eigenen Staatspräsidenten. Es wäre ja schlimm gewesen, wenn die Revolution Herrn Geiß, dem rechtssozialistischen Führer, nicht einmal eine Sinekure eingetrotzen hätte.

## Herr Winnig droht.

Rönigsberg i. Pr., 2. April. Der Reichskommissar für den Osten, August Winnig, nimmt in der Ostpreussischen Zeitung zur Frage der Verbindung polnischer Truppen in Danzig folgendermaßen Stellung: Wenn wir sagen: „Hände weg von Danzig!“ so ist das mehr als ein Protest — es ist eine Warnung, die sich nicht nur an die Polen richtet. Das Maß ist voll! Strecht man die Hand nach Danzig aus, so können wir uns über solche Schwach nicht mehr auf den Protest des Wortes beschränken. Da mühte und würde das deutsche Volk wieder zur Nation werden, die freudig alles setzt an ihre Ehre.

Herr Winnig ist reif zum Ehrenpräsidenten des Kriegerbundes und des Alldutschen Verbandes. Glorbt dieser „Arbeiterführer“, daß er mit seinen abbernen Drohungen bei der Entente Eindruck machen wird?

## Teilweise Aufhebung der Blockade.

Paris, 1. April. (Neuz.) Es wurde beschlossen, die Blockade nicht nur über Polen und Estland, sondern auch über Deutsch-Oesterreich, die Türkei, Bulgarien, die Tschecho-Slowakei und die durch Rumänien und Serbien besetzten Gebiete auszuheben. Die internationale Handelskommission, die ihren Sitz in Wien hat, soll die Ausfuhr von Deutsch-Oesterreich nach Deutschland verhindern.

## Lebensmittel von der Entente.

Samburg, 2. April. Der amerikanische Dampfer „West-Wonke“ ist mit einer großen Lebensmittelladung hier angekommen. Subwojskaren, 2. April. Nach pfälzischen Blättermeldungen beginnt die Nahrungsmittelversorgung der Pfalz durch die französischen Besatzungsbehörden diese Woche und zwar zunächst mit Wehl und Fett. Die Verteilung nehmen die Kommunalverbände vor. Zunächst sollen die größten Städte bedacht werden.

## Die schleswig'sche Frage.

Kopenhagen, 1. April. Die beiden Häuser des Reichstages stellen heute eine Geheimstimmung über die schleswig'sche Frage ab, in der Verteidigungsminister Rind und Folketings-Abgeordneter Keergeard über die Tätigkeit der dänischen Reichstagsabordnung auf der Pariser Friedenskonferenz Bericht erstatteten.

## Die wirtschaftliche Demobilisierung.

In der Presse, wie in der interessierten Öffentlichkeit, ist vielfach die Auffassung verbreitet, daß mit der Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung alle von diesem Kante erlassenen Verordnungen außer Kraft treten. Es wird von amtlicher Seite darauf aufmerksam gemacht, daß diese Auffassung unzutreffend ist; die Verordnungen bleiben bis zum amtlichen Widerruf in Geltung.

## Politische Nachrichten.

Die auf dem Gebiet des ehemaligen Oesterreich entstandenen Selbstregierungen protestieren durch ihre Gesandten gegen den Gesandten betreffend Uebernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen durch die deutschösterreichische Republik. Es schied der gemeinsamen Liquidationsmasse der Volksstaaten. Götting, der Urheber des Nordenschlages auf Clemenceau, hatte dem Reichstag vorgeschlagen, die Besatzungstruppen zu verwerfen.

